



19.08.2026

Postulat

von Reto Brüesch (SVP),
und Jane Bailey (SVP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der Nichterfüllung von Einkommens- oder Belegungsvorschriften für städtische Wohnungen ein abgestuftes System zwischen vollständigem Nichthandeln und einer Kündigung geschaffen werden kann.

Zu prüfen sind insbesondere Massnahmen wie frühzeitige Information, Beratung, Fristen zur Wiederherstellung des regelkonformen Zustands, freiwillige Wohnungswechsel, geeignete Ersatzangebote sowie weitere Anreize oder Konsequenzen bei dauerhafter Nichterfüllung.

Begründung

Das heutige System kennt teilweise nur wenige Zwischenstufen zwischen der Feststellung einer Regelverletzung und einem später möglichen Wohnungswechsel oder einer Kündigung.

Ein abgestuftes System könnte sowohl der sozialen Verantwortung der Stadt als auch dem Anspruch auf eine konsequente Umsetzung der Regeln besser gerecht werden. Mietende sollen genügend Zeit und Unterstützung erhalten, ihre Wohnsituation anzupassen. Gleichzeitig soll verhindert werden, dass klare und dauerhafte Fehlbelegungen über Jahre bestehen bleiben.

Ein solches Modell könnte die Akzeptanz des Vermietungsreglements über die Parteigrenzen hinweg stärken.

 